

Thomas Kasperzak: Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht. Darstellung, Analyse und Kritik verbrechensvorbeugender Maßnahmen im Spannungsfeld kriminalgeographischer Erkenntnisse und bauplanerischer Praxis, *Empirische Polizeiforschung Bd. 14, Holzkirchen (Felix Verlag) 2000, 348 Seiten, 49,- DM*

Die Diskussion um die Sicherheit in den Städten ist seit geraumer Zeit ein Dauerbrenner und Untersuchungen über mögliche Korrelationen zwischen sozialen Erscheinungen und Raum gibt es bereits seit der Chicagoer Schule der Sozialökologie.

Der Jurist Thomas Kasperzak möchte nun untersuchen, inwieweit Empfehlungen aus kriminalgeographischen Studien in die städtebauliche Praxis umgesetzt wurden. Seine – trotz Wiederholungen und den bekannten Mühen bei der Lektüre statistischer Daten gut lesbare – Untersuchung greift folglich eine der zentralen Fragen der Wissenschaft auf, nämlich inwieweit Ergebnisse den Elfenbeinturm verlassen und Rückwirkungen auf die „Realität“ haben.

Die Arbeit gliedert sich in drei Abschnitte: erstens, eine allgemeine Darstellung kriminalgeographischer Ansätze und jüngerer Entwicklungen räumlich orientierter Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention, -bekämpfung, zweitens eine Sekundäranalyse ausgewählter, bereits abgeschlossener kriminalgeographischer Studien in der Bundesrepublik, ergänzt durch die Diskussion der Frage nach der subjektiven Verbrechenfurcht. Dieser wird gerade bezüglich einer Differenzierung zur objektiven Kriminalitätsbelastungen größere Relevanz eingeräumt. Der dritte Abschnitt beinhaltet die empirische Studie, in der ExpertInnen nach ihrer Kenntnis über kriminal-

geographische Untersuchungen und deren Rückwirkungen auf die Praxis in verschiedenen Städten gefragt wurden. Ein kurzer Versuch einer Integration in die theoretischen Ansätze schließt die Arbeit ab.

Kasperzak selbst benennt die entscheidende Schwäche der Kriminalgeographie, ohne diese jedoch entsprechend zu berücksichtigen: die „banale“ Erkenntnis, dass Kriminalität immer vom Menschen ausgeht und nie vom Raum (280). Er bleibt trotz dieser Erkenntnis viel zu stark in der Suche nach einem monokausalen Zusammenhang zwischen Städtebau und Kriminalität verhaftet. Dabei vernachlässigt er die möglichen Stärken der Kriminalgeographie, die sich in ihren Anfängen progressiv von ausschließlich an der Pathologie der TäterInnen orientierten Ansätzen absetzte und die Sozialstruktur als einen wesentlichen Aspekt identifizierte. In der theoretischen Aufarbeitung verschiedener Studien werden immer wieder (Tat- und Wohn-) Orte mit Maßnahmen sowie die Sozialstruktur von Wohnorten mit baulichen Merkmalen vermischt und nicht zwischen dem privaten Nahbereich und der öffentlichen Sphäre getrennt. Aber auch eine mögliche gemeinsame Betrachtung von Sozialstruktur und Bauweise (z.B. ist Gewaltkriminalität in mehrstöckigen Luxusapartmentgebäuden höher oder niedriger als in Villensiedlungen?) wird nicht explizit hervorgehoben. Insgesamt werden sozialgeographische oder ökonomische Aspekte völlig vernachlässigt. Statt dessen wird ein Eindruck erweckt, als wäre lediglich die in Metern messbare Nähe oder Ferne zum Stadtzentrum oder zu einzelnen Gebäuden ausschlaggebend für die Kriminalitätsrate oder TäterInnen – Tatort Relationen, wenn z.B. Herold zitiert wird, der mit der bahnbrechenden Erkenntnis aufwartete, dass alle TäterInnen innerhalb von 30 km zum Stadtzentrum wohnten. Wenn überhaupt soziale Aspekte erwähnt werden, so dominiert die Trope der sozialen Desorganisation. Dies geht kaum über die konservative Großstadtkritik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hinaus. Wie lax mit sozialen Gegebenheiten umgegangen wird, zeigt sich, wenn beispielsweise Eigentums- und Mietwohnungen nicht als Indikatoren für Einkommens- und Vermögensverhältnisse betrachtet, sondern nur unter dem Aspekt der Baustruktur einander gegenüber gestellt werden. Die anfängliche Beschreibung verschiedener aktueller Diskussionen (Videoüberwachung, Community Policing, Gated Communities etc.) zeichnet sich zudem dadurch aus, dass entsprechend kritische Literatur gar nicht, völlig verkürzt oder sogar falsch wiedergegeben wird.

Obwohl Kasperzak selbst zahlreiche Zweifel an Ergebnissen kriminalgeographischer Studien äußert, kommt er dennoch zu dem – vom ihn selbst unbegründeten – Schluss, dass „sich ein Zusammenhang zwischen bestimmten städtebaulichen Formen und einzelnen Arten der Kriminalität nicht bestreiten lässt“ (120). Gerade diese Aufspaltung nach einzelnen Arten lässt er jedoch bewusst bei der Auswahl der zusammengefassten Studien aus. Aber nur so könnte eine Kriminalitätsverteilungslehre plausibel sein oder Auswirkungen mangelhafter Beleuchtung oder unübersichtlicher Hauseingänge z.B. auf Raub untersucht werden. Ohne eine Definition von Kriminalität kommt man auch hier nicht weiter.

Die empirische Untersuchung umfasst eine schriftliche Befragung – 138 Fragebögen im Rücklauf – von lokalen EntscheidungsträgerInnen und RepräsentantInnen (Stadtverwaltung, Politik, Polizei, Justiz, Wirtschafts- und Standesvereinigungen und Presse/Medien) in insgesamt zwölf bundesdeutschen Städten. Die Ergebnisse des empirischen Teils sowie die Methodik werden sehr detailliert dargestellt. Obwohl der Autor daraufhin weist, dass aufgrund der sehr niedrigen absoluten Zahlen bei vielen Antworten die prozentualen Angaben nicht aussagekräftig sind, arbeitet er dennoch überwiegend mit Prozentwerten, so dass der Eindruck einer Aussagekraft entsteht. Lediglich bei Teilergebnissen bezüglich einzelner Gruppen der Befragten oder einzelnen

Städten können aber deutliche Unterschiede erkannt werden, und diese liefern dann, beispielsweise bezüglich der Einschätzung der Notwendigkeit weiterer baulicher Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung, interessante Ergebnisse (z.B. 199). Problematisch ist aber vor allem, dass Befragte viele Fragen gar nicht sinnvoll beantworten können, weil sie die kriminalgeographischen Studien in ihrer Stadt, auf die sich die Befragung bezieht, nicht kennen.

Letztendlich kann mit dem Fragebogen nicht erhoben werden, inwieweit Empfehlungen aus Studien im Nachhinein in den Städten realisiert wurden. Erhoben wird lediglich, inwieweit die Befragten von den Studien und deren Folgen Kenntnis genommen haben. Des Weiteren werden die subjektiven Einstellungen dahingehend abgefragt, ob bauliche Maßnahmen und kriminalgeographische Studien zur Kriminalitätsprävention für sinnvoll gehalten werden. Dies erlaubt allerdings keine Aussagen über tatsächliche Auswirkungen der Studien auf die Stadtplanung. Diese Subjektivität spiegelt sich u.a. in der von den Befragten kaum vorgenommenen Unterscheidung zwischen subjektiver Kriminalitätsfurcht und objektiver Kriminalitätsbelastung wieder. Theoretisch hätten daher stärker die Mechanismen der sozialen Konstruktion von Meinungen resp. die Macht der Diskurse diskutiert werden müssen, anstelle den Eindruck einer objektiven Aussagekraft über den Sinn städtebaulicher Maßnahmen auf die Kriminalitätsentwicklung zu erwecken.

Neben der detaillierten Darstellung der Einzelergebnisse wird auf eine Interpretation der Daten leider weitgehend verzichtet. Schließlich verneint Kasperzak am Ende auch die Möglichkeit der Überprüfbarkeit von Auswirkungen baulicher Änderung auf die Kriminalitätsentwicklung. Dies begründet er mit dem Faktor Zeit, damit, dass sich die soziale Struktur ebenso wie die in einem Quartier lebenden Individuen wandeln können, so dass Vergleiche nicht möglich sind. Wenn es um Evaluation der Verteilung von Kriminalität geht, suggeriert die Kriminalgeographie dies jedoch oft: dass nämlich aufgrund der räumlich-baulichen Struktur Kriminalität sich dauerhaft innerhalb eines Quartiers zeigt, selbst wenn die BewohnerInnen wechseln. Wenn sowohl Newman (er behauptet einen Zusammenhang von baulicher Struktur und Kriminalität) als auch Rolinski (er verneint dies) recht haben können (280f.), dann sind aber gerade die sozialen Faktoren ausschlaggebend und nicht die Architektur der Stadt.

Jan Wehrheim, Oldenburg